

A012: 8. Mai als bundesweiter Feiertag

Laufende Nummer: 055

Antragsteller/in:	DGB-Bezirk Hessen-Thüringen
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	A - Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Demokratie in Deutschland und Europa

8. Mai als bundesweiter Feiertag

Der DGB-Bundeskongress beschließt:

- 1 Der DGB setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, dass der 8. Mai als gesetzlicher Feiertag
- 2 durchgesetzt und etabliert wird. Dieser Tag soll ein Tag gegen Rassismus, Ausgrenzung und
- 3 Diskriminierung jeglicher Form werden. Es soll außerdem darauf hingewirkt werden, dass an diesem Tag
- 4 bundesweit Veranstaltungen zum Thema Antifaschismus durchgeführt werden.

Begründung

Der 8. Mai markiert das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa. Er bedeutet damit auch die Befreiung vom Faschismus. Bis heute wird allerdings aus rechten Kreisen versucht, diesen Tag erinnerungspolitisch zu besetzen und statt der Befreiung von der faschistischen Diktatur die Niederlage und Opferrolle Deutschlands in den Vordergrund zu rücken. Es gilt, diesen Ansätzen entschieden entgegenzutreten. Der 8. Mai muss ein Gedenktag werden, der die Wichtigkeit und Aktualität des Themas immer wieder vor Augen führt. Er bietet Anlass, über das Geschehene aufzuklären und eine Haltung für die Gegenwart und die Zukunft zu entwickeln, die Faschismus und Ausgrenzung nie wieder möglich machen darf.

In Bezug auf das Vorgehen des NSU und anderer extremer rechter Gruppierungen, sollte ein Zeichen gegen das verklärte Erinnern an die Zeit der faschistischen Diktatur gesetzt werden. Eine solche Erinnerungspolitik wird immer wieder benutzt, um menschenverachtende Meinungen zu etablieren. Deshalb muss der 8. Mai (wieder) ein gesetzlicher Feiertag werden, um ihn in Deutschland als Tag der Befreiung und als Tag gegen Rassismus und Ausgrenzung zu setzen.

Bildung ist ein wichtiges Mittel, um Rassismus und Ausgrenzung entgegenzuwirken. Deshalb sollte im DGB darauf hingewirkt werden, Seminare zu entwickeln, um über solche Tendenzen in der Gegenwart aufzuklären. Dieses könnte parteipolitische Versprechen von Rechts genauer hinterfragen. Gerade rechte und rechtspopulistische Parteien, die bei den vergangenen Wahlen immer besser abgeschnitten haben und in einige Landtage gezogen sind, erhalten immer mehr Stimmen von Gewerkschaftsmitgliedern. Dieser Tendenz wollen wir mit einer klaren Haltung und einem Zeichen gegen offensichtlichen oder unterschweligen Rassismus und Nationalismus entschieden entgegenzutreten.